

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 9/10

September/Oktober 1981

5 Schilling

1881

Otto Bauer

1981



Feierstunde des Bundespartei Vorstandes der SPÖ am 5. September 1981

Für das Verbot neonazistischer Parteien!

Zum Entwurf des neuen Parteiengesetzes

Seit Jahren haben die sozialistischen Freiheitskämpfer, gemeinsam mit den Antifaschisten anderer politischer Richtungen, ein deprimierendes Erlebnis gehabt: Wir forderten die Auflösung von Parteien, die sich neonazistisch betätigen und damit österreichische Gesetze ebenso verletzen wie die Bestimmungen des Staatsvertrages. Unsere berechnete Forderung wurde mit der Begründung abgelehnt: Das geltende Parteiengesetz sieht die Auflösung einer Partei nicht vor, daher kann auch eine Partei, die sich verfassungswidrig betätigt, nicht aufgelöst werden. Ein Funktionär unseres Bundes hat diese Situation einmal so charakterisiert: „Die Rechtslage verbietet uns, aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.“

Auf vielen Bundesparteitagungen der SPÖ, zuletzt 1981 in Graz, hat der Delegierte des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus die Novellierung des Parteiengesetzes oder die Schaffung eines neuen Gesetzes verlangt. Auch Resolutionen diesen Inhaltes wurden den Bundesparteitagungen vorgelegt, in der Regel auch beschlossen – aber alles blieb beim alten.

Ein begrüßenswerter Entwurf

Jetzt liegt ein vom Klub der sozialistischen Abgeordneten ausgearbeiteter Entwurf für ein neues Parteiengesetz vor. Der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer hat sich mit diesem Gesetzesentwurf beschäftigt und ihn begrüßt. Dem Klubobmann, Genossen Dr. Heinz Fischer, wurde in einem Brief des Bundesvorstandes für seine Bemühungen um das Zustandekommen dieses Gesetzesentwurfs herzlich gedankt.

Die wichtigsten, den Neonazismus betreffenden Stellen des Entwurfs zitieren wir nachstehend im Wortlaut:

„Politische Parteien, Wahlparteien und sonstige nicht vereinsmäßig organisierte Vereinigungen, die nach ihrem Programm oder nach dem Verhalten ihrer Mitglieder eindeutig Ziele verfolgen, die den Bestimmungen des Verbotsgesetzes 1947 oder des Staatsvertrages, betreffend die Wiederherstellung des unabhängigen und demokratischen Österreich, zuwiderlaufen, sind verfassungswidrig.“

Über die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei, Wahlpartei oder sonstigen Vereinigung (Abs. 1) erkennt der Verfassungsgerichtshof auf Antrag des Hauptausschusses des Nationalrates. Ein solcher Antrag bedarf einer

Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Der Verfassungsgerichtshof hat sein Erkenntnis innerhalb von drei Monaten zu fällen. Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, mit dem eine politische Partei oder sonstige Vereinigung als verfassungswidrig festgestellt wird, ist vom Bundeskanzler im Bundesgesetzblatt kundzumachen. Die politische Partei oder sonstige Vereinigung ist damit aufgelöst.

Organisationen, die die Bestrebungen einer aufgelösten politischen Partei (Vereinigung) an deren Stelle weiterverfolgen, dürfen nicht gebildet werden. Sie sind in einem Verfahren nach Abs. 2 oder durch den Bundesminister für Inneres aufzulösen. Über Beschwerden gegen die Auflösung durch den Bundesminister für Inneres entscheidet der Verfassungsgerichtshof.

Aufgelöste politische Parteien oder Vereinigungen (Abs. 2 und 3) dürfen zu bundes- oder landesgesetzlich geregelten Wahlen nicht zugelassen werden.

Gegen Personen, die in einer bundes- oder landesgesetzlich geregelten Wahl gewählt worden sind und die eindeutig Ziele im Sinne des Abs. 1 verfolgen, kann aus diesem Grund ein Antrag auf Verlust der Mitgliedschaft in diesem durch Wahl gebildeten Organ gestellt werden. Art. 141 des Bundes-Verfassungsgesetzes ist sinngemäß anzuwenden.

Aus diesem Gesetzestext geht klar hervor, daß Parteien wie die ANR aufzulösen sind. Aber das Parteiengesetz ist ein Verfassungsgesetz und kann daher im Parlament nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Zur Zeit, da wir diese Zeilen schreiben, ist uns noch nicht bekannt, welche Stellung die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien zu diesem Gesetzesentwurf einnehmen. Es wird Aufgabe der antifaschistischen Öffentlichkeit sein, alle Abgeordneten des Nationalrates daran zu erinnern, daß dieser Gesetzesentwurf Wirklichkeit werden muß, weil Österreich das Vermächtnis seiner toten Märtyrer sonst nicht erfüllen könnte.

Worum es geht, das kann man in dem vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegebenen Werk „Rechtsextremismus in Österreich“ nachlesen, von dem nun die fünfte Auflage erschienen ist. Dieses wichtige Werk wurde ergänzt und gründlich überarbeitet, neu sind Beiträge von Willi Weinert über den Rechtsextremismus an den Hochschulen sowie von Wolfgang Neugebauer über Reaktionen auf die Erstausgabe und deren juristische Problematik.

Wenn es irgend geht, soll die Demokratie auf Verbote verzichten. Es ist viel besser, zu wissen, woran man ist, als mit Verboten vorzugehen. Aber es gibt Extremfälle, wo eine Demokratie, die sich zur Wehr setzen will, darauf nicht verzichten können wird.

(Justizminister Dr. Christian Broda am 11. Juni 1981 in der parlamentarischen Fragestunde.)

Im Sinne Otto Bauers leben und wirken

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus führte am 4. September 1981 anlässlich des 100. Geburtstages von Otto Bauer einen Schweigemarsch zu dessen Grab im Wiener Zentralfriedhof durch, wo Genosse Josef Hindels eine Gedenkrede hielt.

Otto Bauer war einer der bedeutendsten Denker nicht nur der österreichischen, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung, sagte Hindels. Aber dieser große Wissenschaftler wußte, daß der Kampf um den Sozialismus nicht nur eine Sache des Verstandes, sondern auch des Herzens, der Gesinnung ist. Und Otto Bauer wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, daß es ohne sozialistische Moral keinen Sozialismus gibt. Wer in der sozialistischen Bewegung Funktionen bekleidet, ist daher verpflichtet, auch sozialistische Moral vorzuleben.

Hindels gedachte auch der Opfer des verbrecherischen Überfalls auf die Synagoge in der Seitentetengasse. Als Schüler Otto Bauers verurteilen wir diese Untat schärfstens, bemühen uns aber gleichzeitig, die gesellschaftlichen und historischen Wurzeln des Terrors bloßzulegen, die beseitigt werden müssen.

Hindels schloß mit einer Erinnerung an den Kampf von Otto Bauer gegen den Faschismus und sagte: „Wir wollen nicht nur beim geschichtlichen Gedenken, sondern auch im Alltag im Sinne Otto Bauers leben und wirken. Als bewußte Sozialisten, durchdrungen von der großen Idee des Sozialismus.“

Feierstunde des Parteivorstandes

Die Sozialistische Partei von heute ist nicht mehr jene Sozialdemokratische Partei von 1931, die sich der großen Hoffnung auf den baldigen Sturz des Kapitalismus hingibt, die Otto Bauer damals noch vertreten hat, aber sie trägt heute Regierungsverantwortung, weil sie sich ihre Größe und Geschlossenheit erhalten hat, die vor allem in den dreißiger Jahren durch die Führung Otto Bauers erhalten geblieben ist, erklärte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky am 5. September 1981 bei einer Feierstunde des Parteivorstandes der SPÖ anlässlich des 100. Geburtstages von Otto Bauer vor der Koppreiter-Remise in Wien-Meidling.

Kreisky leitete seine Rede mit einer scharfen Kritik an der Diskussion ein, die es anlässlich des 100. Geburtstages von Otto Bauer kürzlich im Fernsehen gegeben hat. Einem höheren Objektivitätsgebot zuliebe hätte sich Otto Bauer eine andere Diskussion verdient, eine auf einem ganz anderen Niveau, sagte Kreisky. So seien mit pseudowissenschaftlicher Oberflächlichkeit scheinbare taktische Fehlentscheidungen in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt worden, die von dem Bestreben gekennzeichnet gewesen sei, der übelsten und kläglichsten Spielart des Faschismus, dem Austrofaschismus, eine Ehrenrettung zuteil werden zu las-

sen. Diese Diskussion, die er schauernd miterlebt habe, sei eine jener verpaßten Gelegenheiten gewesen, die für die österreichische Geschichte so kennzeichnend sind.

Ehrfurcht vor dem Geist

Er sei in seinem Leben überragenden Persönlichkeiten begegnet, Staatsmännern, Wissenschaftlern, Künstlern, sagte Kreisky weiter; aber niemals habe ihn jene unbeschreibbare Ehrfurcht vor dem Geist erfaßt wie in den Stunden, die ihm mit Otto Bauer gegönnt waren. Als Funktionär der Jugendbewegung sei es ihm manchmal vergönnt gewesen, Otto Bauer von Parteikonferenzen in die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu begleiten, und jedes der dabei geführten Gespräche habe ihm geholfen, vieles anders und besser zu sehen, sogar seine Laufbahn habe eines dieser Gespräche endgültig bestimmt.

Der Demokrat muß Lehrer und Erklärer sein

Otto Bauer hat es verstanden, besser als jeder andere die schwierigsten und kompliziertesten Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens in einer Weise darzustellen, daß jeder es verstehen konnte und gleichwohl Menschen von hervorragender Intellektualität seine Art zu argumentieren nicht als eine Zumutung empfanden. Von ihm haben viele von uns gelernt, sagte Kreisky, daß nur der ein Recht hat innerhalb der Arbeiterbewegung das Wort zu führen, der das, was er sagt, denen, die ihm zuhören, so deutlich zu machen weiß, daß es Stück ihrer Überzeugung wird. Ein sozialistischer Redner müsse immer auch ein Lehrer sein. Die Zeit der Trommler und Trompeter ist vorbei, sie kann die Demokratie nicht brauchen. Der Demokrat kann niemals darauf verzichten, ein Lehrer und ein Erklärer zu sein.

Im Sinne von Karl Marx

Otto Bauer hat im Sinne von Karl Marx die Welt nicht nur immer wieder interpretiert, er hat auch angegeben, was geschehen müßte, sie zu verändern, führte Kreisky weiter aus. Seine Methode sei gekennzeichnet gewesen von der tiefen Überzeugung, daß die Menschen fähig sind, ihr Schicksal nicht zu erklären, sondern es auch zum Besseren zu wenden.

Zu Otto Bauers angeblichen Unzulänglichkeiten meinte Kreisky, auch Bauer sei nicht frei von Fehlern und Schwächen gewesen. Was aber gewesen wäre, hätte die Arbeiterbewegung im März 1933 „losgeschlagen“, könne man am Beispiel Spaniens erkennen. Dieser Kampf konnte immer nur als ein heldenhafter Widerstand verstanden werden, der sich unauslöschlich in die Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung einschrieb. Eine große Koalition, wie sie von Seipel

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

angeboten worden war, hätte eine Chance gehabt, wenn sie das vollbracht hätte, was die Koalition bis zum Abschluß des Staatsvertrages zustande gebracht hat. Aber wer weiß das heute, fragte Kreisky. Es sei auch nicht Otto Bauer gewesen, der diese Koalition verhindert hat.

Abermals die Krise bewältigen

Kreisky erinnerte dann an eine Rede, in der Otto Bauer darauf hingewiesen hatte, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung immer wieder von schweren Krisen erschüttert wird. Auch heute gibt es ein Millionenheer von Arbeitslosen, und die Krise habe auch vor Staaten mit anderer Gesellschaftsordnung nicht haltgemacht. Die SPÖ hat illusionslos ihre Politik betrieben, und als die Krise von 1974 kam, waren wir gerüstet und haben sie überwunden. Heute stehen wir abermals mitten in einer Krise, und abermals werden wir mit ganzer Kraft das tun, was möglich ist, um jene Voraussetzungen zu schaffen, die helfen sollen, das Ärgste vom österreichischen Volk fernzuhalten, sagte der Bundeskanzler.

Geprägt vom Geist Otto Bauers

Wir leben heute in einer anderen Zeit, und es war Otto Bauer, der uns gelehrt hat, immer wieder die neuen Zusammenhänge und die neuen Voraussetzungen für das Wirken der Partei zu erkennen. In diesem Sinne hat sich die SPÖ ein neues Pro-

gramm gegeben. Es stellt die Grundlage unseres Wirkens für den Sozialismus dar, und ich wage an seinem 100. Geburtstag zu sagen, daß es geprägt ist von seinem Geist, schloß Kreisky.

Blecha: Politische und moralische Impulse

Die Feierstunde auf dem mit Parteifahnen und einem Porträtfoto Otto Bauers geschmückten Platz vor der Koppreiter-Remise, in der die Arbeiterkultur-Ausstellung „Mit uns in die neue Zeit“ zu sehen war, wurde von stellvertretendem SPÖ-Vorsitzenden Karl Blecha eingeleitet. Er bezeichnete Otto Bauer als unerschrockenen Kämpfer für soziale Demokratie und Menschlichkeit, als Anwalt des Proletariats und Lehrer der jungen Generation. Diese Feierstunde sei keine Pflichtübung, sondern der Beweis dafür, daß die österreichische Sozialdemokratie nach elf Regierungsjahren, die Österreich zum Besseren geändert haben, sich stolz zu ihrer Tradition und zu den politischen und moralischen Impulsen bekennt, die von Otto Bauer ausgegangen sind. Ohne die geistige Substanz, die Otto Bauer dem österreichischen Nachkriegssozialismus vererbt hat, gäbe es keinen Regierungssozialismus unserer Tage, ohne sein moralisches Korrektiv wäre die Weiterentwicklung zweifelhaft.

Die Feierstunde, die von Liedern der Arbeiterbewegung und mit von Schauspielern gesprochenen Zitaten aus Reden und Schriften Otto Bauers umrahmt war, klang mit dem „Lied der Arbeit“ aus.

Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika

Der Monat September bringt alljährlich wieder die Erinnerung an den Militärputsch in Chile, der am 11. September 1973 mit einem Schläge alle Hoffnungen auf den Beginn einer Demokratisierung nicht nur in Chile, sondern in ganz Lateinamerika zunichte gemacht hat. Der Militärputsch in Chile war eines der ersten Glieder in einer Kette von faschistischen Putschen. Heute herrschen außer in Brasilien und Chile in einer Reihe von Ländern Militärdiktaturen. In Paraguay, Argentinien, Uruguay, Bolivien, Guatemala sind Faschisten an der Macht. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung.

Pinochets Terrorregime

Das Terrorregime Pinochets sicherte sich in Chile durch eine Schein-„Volksabstimmung“ im September 1980 die Herrschaft für acht lange weitere Jahre. Der Putsch bedeutete für die Demokraten in Chile das Verbot jeder freien Meinungsäußerung. Er bedeutet Verfolgung, Willkür, Gefängnis, Konzentrationslager, Folter, Mord oder das ungewisse Schicksal der Emigration. Mancher, der versuchte, in die Heimat zurückzukehren, verlor dabei seine Freiheit oder sein Leben. Etwa zwei Millionen Chilenen leben heute in der ganzen Welt verstreut. In Chile gibt es heute etwa 1000 politische Gefangene und 2500 Verschwundene, das heißt Personen,



Ein Konzentrationslager in Chile

die durch den chilenischen Geheimdienst verhaftet wurden, deren Verhaftung aber offiziell nicht anerkannt wird. Das Schicksal dieser Menschen ist ungewiß. Viele von ihnen leben sicher nicht mehr. Der chilenische Geheimdienst CNI (Centro Nacional de Informaciones) untersteht direkt den Befehlen Pinochets. Er ist eines der wichtigsten Mittel der Repression. Menschen werden oft willkürlich festgenommen, einige Tage ohne Verständigung der An-



Menschenrechtsverletzungen in Argentinien: der Terror kann jeden treffen

gehörigen festgehalten und dann wieder freigelassen, in die Wüstenregionen Nordchiles oder in die Hochgebirgsebenen der Anden verbannt oder im Gefängnis festgehalten. Oft erfolgt die Verhaftung unter dem Vorwand, Waffen bei der betreffenden Person gefunden zu haben, oder unter der Anschuldigung terroristischer Aktivitäten. Diese Häftlinge haben mit Freiheitsstrafen bis zu 35 Jahren zu rechnen oder sie werden zum Tode verurteilt. Dies alles bedeutet eine ständige Verunsicherung der Bevölkerung. Dazu veröffentlichte die chilenische Kommission für Menschenrechte in ihrem internationalen Informationsbulletin Nummer vier vom Dezember 1980 eine Zusammenstellung über die Situation der Menschenrechte in Chile während des Jahres 1980, die an dieser Stelle wiedergegeben wird:

Zahl der Verhafteten bei Hausdurchsuchungen, illegalen Überfällen und Folterungen	1875
Zahl der wegen politischer Aktivitäten Verhafteten	12
Zahl der aufgrund des Gesetzes über die innere Sicherheit des Staates Verhafteten	62
Bei Straßenkundgebungen Verhaftete	46
Wegen Filmen von Militäranlagen Verhaftete ..	3
Aufgrund des Gesetzes über die Kontrolle von Waffenbesitz Verhaftete	20
Wegen Äußerungen gegen die Volksabstimmung Verhaftete	222
Wegen angeblicher Mißhandlung von Polizisten Verhaftete	3

Als Verbrecher festgehalten:

a) wegen Verletzung des Gesetzes über die Sicherheit des Staates	25
(nur in Santiago)	
b) wegen Verletzung des Gesetzes über die Kontrolle von Waffenbesitz	3
(nur in Santiago)	
c) wegen angeblichen Wahlbetruges	1
Verbannte (Festgehaltene)	134
Durch Dekrete und Ablehnungen von Gesuchen ausgesprochene Verbote der Rückkehr nach Chile	925
Delogierungen	350
Mißbrauch von Gewalt	29
Verbote von Publikationen	4
Tote bei einem angeblichen Zusammenstoß mit der CNI	4
Tote durch Folter	2
Entführungen	12
Degradierte Akademiker	273
Sanktionierte Studenten	299

Uruguay

Auch aus anderen lateinamerikanischen Ländern mit faschistischen Diktaturen stehen uns ähnliche Berichte zur Verfügung. Die Zahl der politischen Gefangenen in Uruguay beträgt derzeit 1500 (davon 300 Frauen und 1200 Männer). Auch in Uru-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

guay werden die Gefangenen unter den denkbar schlechtesten Bedingungen gehalten, oft auf engstem Raum zusammengedrängt ohne ausreichende Ernährung und ärztliche Betreuung, der ständigen Willkür der militärischen Bewacher ausgesetzt. Zur „Verteidigung“ steht ihnen ein Militäranwalt zur Verfügung. Der Ausdruck eines besonderen Zynismus offenbart sich in einer Regelung, die vorsieht, daß Häftlinge, die entlassen werden und Uruguay verlassen müssen, da ihnen in ihrer Heimat jede Existenzmöglichkeit genommen ist, pro Haftjahr einen Betrag von 600 US-Dollar für „Wäsche, Bett und Essen“ bezahlen müssen. Im Vergleich dazu beträgt das Durchschnittseinkommen eines Erwachsenen in Uruguay 300 US-Dollar pro Monat. Eine vierköpfige Familie braucht, um leben zu können, 1000 US-Dollar pro Monat. Das bedeutet, daß ehemalige politische Gefangene nur mit Hilfe der Internationalen Solidarität das Land verlassen können und selbst wenn der Geldbetrag aufgebracht werden konnte, noch zahllosen Schikanen durch die Behörden ausgesetzt sind, vor allem aber jederzeit wieder festgenommen werden können, ehe die Ausreise endlich möglich ist.

Argentinien

Wie in den genannten Ländern, so richtet sich auch in Argentinien die Repression gegen alle Sektoren der Bevölkerung, gleichgültig, ob es sich dabei um politisch aktive Menschen in revolutionären Untergrundorganisationen, Gewerkschaften oder politischen Parteien handelt, oder ob sie nur im Verdacht stehen, mit „subversiven“ Gruppen zu sympathisieren oder im Besitz von „subversivem Material“ (Büchern) zu sein. In Argentinien gibt es derzeit etwa 1200 politische Gefangene. Ungefähr die Hälfte sind Frauen. Sie alle werden in der Haft den brutalsten Methoden physischer und psychischer Folter ausgesetzt. 30.000 Personen sind verschwunden. Viele von ihnen wurden mit Sicherheit ermordet. Ein Teil von ihnen wurde in Konzentrationslager gebracht, die sich vor allem im Süden Argentiniens befinden.

Die Liste der Repression in Lateinamerika kann nahezu unbegrenzt fortgesetzt werden. In Guatemala sind 50.000 Menschen verschwunden! In Kolumbien, einem der wenigen „demokratisch“ regierten Länder, stützt sich die Regierung seit dem Amtsantritt des Präsidenten Turbay im September 1978 auf ein „Sicherheitsstatut“, das den Militärs immer mehr Einflußmöglichkeit gibt und die willkürliche Verhaftung aller „subversiven Kräfte“ zuläßt. Als subversiv werden Studenten, Intellektuelle (unter ihnen vor allem Soziologen), Gewerkschafter, Indianer, die um ihre aufs äußerste bedrohte Existenz kämpfen, bezeichnet. Aus El Salvador erreichen uns ständig neue Berichte über grauenhafte Massaker an der Zivilbevölkerung, an der Militärs und paramilitärische Organisationen beteiligt sind.

Solidarität mit dem Befreiungskampf

Diese Repression, die sich in ganz Lateinamerika gegen die gleichen Schichten der Bevölkerung richtet, nämlich gegen die arbeitenden Menschen, die vielfach noch als Leibeigene lebenden Landarbeiter, die Massen der Bewohner der Elendsviertel am Rande der Großstädte, die Studenten, Intellektuellen und gegen die indianischen Minderheiten, wird von der herrschenden Minderheit der unvorstellbar reichen Großgrundbesitzer und Unternehmer sowie von den multinationalen Konzernen und

deren Verwaltern getragen. Diese Oligarchie benötigen die Militärs als Instrument zur Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht, zur Wahrung ihrer Privilegien.

Dies alles zeigt, daß die Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika nicht losgelöst von dem politischen Hintergrund gesehen werden können, daß unsere Solidarität ebenso politisch motiviert sein muß, wie auch die Repression politisch ist. Solidarität mit den politischen Gefangenen in Lateinamerika ist Solidarität mit dem Befreiungskampf in Lateinamerika!

Patenschaftsaktion

Die Patenschaftsaktion der österreichischen Chile-Solidaritätsfront zur Betreuung politischer Gefangener in Lateinamerika sucht dringend Mitarbeiter, die bereit sind, sich für die Befreiung politischer Gefangener einzusetzen, einen politischen Gefangenen oder dessen Angehörige moralisch oder materiell zu unterstützen oder sonst zu helfen. Schriftliche Meldungen bitte an das Jugendkontaktkomitee im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer z. H. Ruth Contreras-Lichtenberg, Wien 1, Löwelstraße 18, zu schicken.

Bayrische SPD trauert um Ludwig Linsert

Nach langer Krankheit ist am 29. Juli 1981 Senator Ludwig Linsert im Alter von 74 Jahren in seinem Heim in München/Fürstenried gestorben. Die bayrische SPD trauert um einen ihrer bedeutendsten Repräsentanten.

Ludwig Linsert wurde am 2. Oktober 1907 als Sohn einer kinderreichen Münchner Arbeiterfamilie geboren. Schon in früher Jugend engagierte er sich in der Arbeiterbewegung. Der gelernte Schlosser und Elektrotechniker war, als Hitler zur Macht kam, Jugendleiter der Naturfreunde in München. Er schloß sich schon Anfang der dreißiger Jahre einer illegalen Widerstandsgruppe an, die in Flugschriften die Unterdrückungs- und Rassenpolitik der Hitler-Regierung scharf angriff und vor einem neuen Weltkrieg warnte. 1938 wurden die Mitglieder dieser Gruppe verhaftet. Ludwig Linsert wurde vom Volkgerichtshof zu 25 Monaten Gefängnis verurteilt. Danach kam er in das Strafbataillon 999. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1947 nahm Ludwig Linsert seine Gewerkschaftsarbeit wieder auf und trat 1948 der SPD bei. 1950 Kreisvorsitzender des DGB München, wurde Ludwig Linsert 1952 stellvertretender Landesvorsitzender. Von 1958 bis 1969 war er Landesvorsitzender des DGB Bayern. Von 1956 bis 1969 gehörte Ludwig Linsert dem Bayerischen Senat an, zuletzt als Vizepräsident. Bis zu seinem Tod war Ludwig Linsert Bundesvorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“.

Genosse Linsert hat sich als Mahner und Warner vor jedwedem Extremismus, als Integrator und ehrlicher Makler im politischen Leben außerordentliche Verdienste erworben. Die bayrische SPD ehrte ihn mit ihrer höchsten Auszeichnung, der Georg-von-Vollmar-Medaille. Wir werden unseren Freund und Genossen Ludwig Linsert ein ehrendes Andenken bewahren.

Besuch in wenig bekannten KZ

Eine Gruppe österreichischer Freiheitskämpfer, der sich auch ehemalige Mitglieder der Sozialistischen Jugend (Alt-SAJ) angeschlossen, fuhr Anfang April quer durch Westeuropa, um Land und Leute kennenzulernen. Einer der Gründe war aber auch, ehemalige Konzentrationslager zu besuchen.

Natzweiler-Struthof

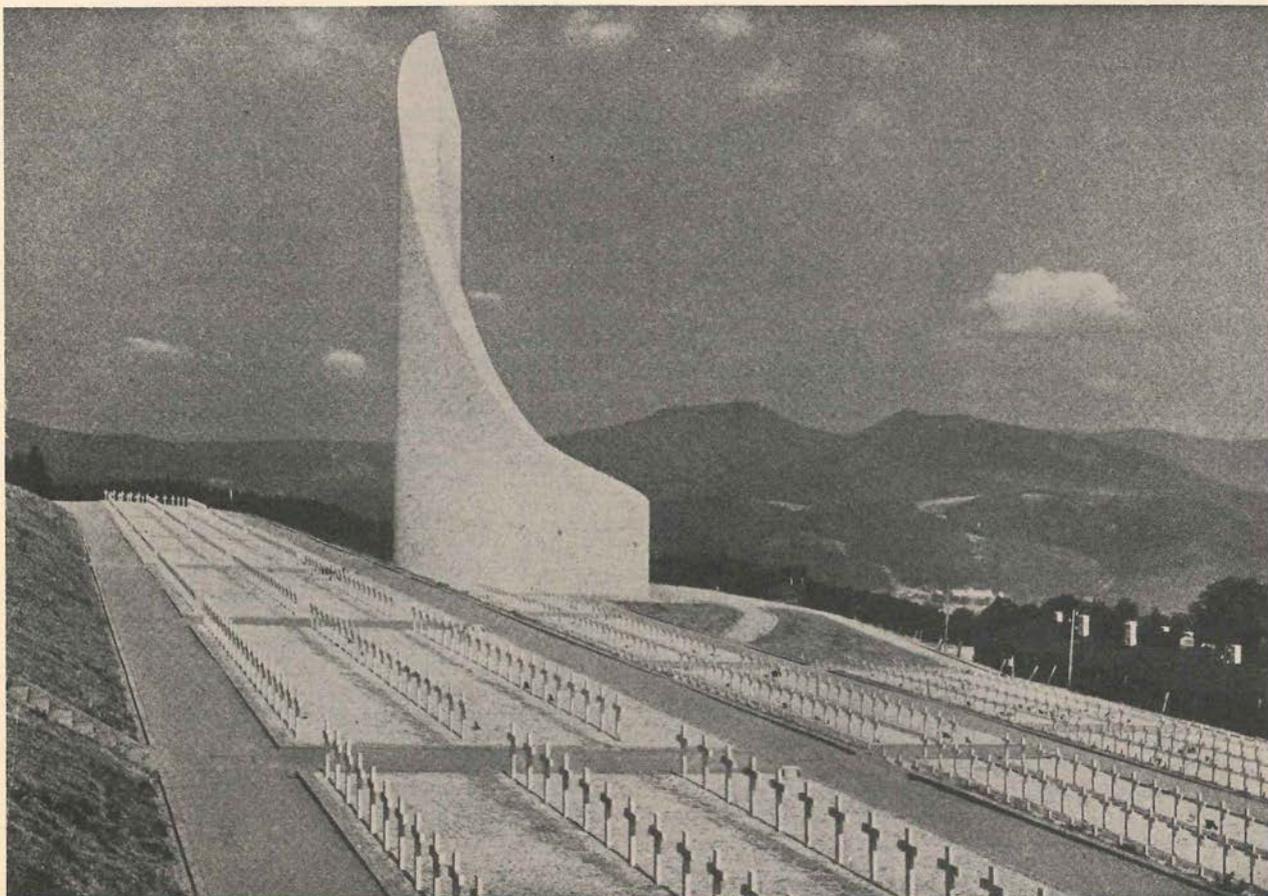
Ab der deutsch-französischen Grenze begleitete uns der Sekretär des Luxemburgischen Natzweiler-Häftlingsverbandes, Maurius Pauly, dem wir zu besonderem Dank verpflichtet sind. Der Weg führte uns südwestlich an Straßburg vorbei zu den dicht bewaldeten Vogesen. In den Autobussen erklangen Freiheitslieder, auch die Marsellaise war zu hören. Ergriffenheit lag in der Atmosphäre.

Weit und breit keine Siedlung. In etwa 1000 Meter Seehöhe halten die Busse. Von dort oben bietet sich uns ein herrlicher Ausblick. Sehr kalte, doch gute Luft! Der beste Platz für einen Luftkurort! Doch welche Ironie — vier Jahre lang war hier die Hölle los. In Baracken für 1500 Häftlinge waren meist fünfmal soviel Menschen zusammengepfercht. Die gestorbenen und ermordeten Häftlinge

wurden ständig durch neue Gefangene ergänzt. Die Neuangekommenen mußten Steinbrucharbeiten ausführen.

Häftlinge, die von der SS geschlagen oder von den Wachhunden gebissen worden waren, waren ausdrücklich von jeder ärztlichen Behandlung und jeder Pflege ausgeschlossen. Dies kam einem Todesurteil gleich. So starben im Sommer 1943 innerhalb weniger Tage 50 Franzosen an Folgen von Eiterungen. Während der Jahre 1942 bis 1943 fanden fast täglich acht bis zehn Vollstreckungen von Todesstrafen statt. Die Osteuropäer wurden gehängt, die anderen erschossen. Über die Ausrottung wurde Buch geführt. Bei der Ankunft im Lager wurde die Zahl der Goldfüllungen in den Zähnen jedes Häftlings registriert, so daß diese sofort nach dem Tode der Betroffenen entfernt werden konnten. Die Leichen wurden in einem Ofen verbrannt, der Tag und Nacht in Betrieb war. Die Asche warf man auf den Schutthaufen. Nach einem Massenmord in der Nacht vom 1. auf 2. September 1944 an 300 Männern und 92 Frauen, alles Franzosen, war der Schutthaufen so groß, daß ein Teil der Asche zu einem Gemüsegarten fortgeschafft wurde.

Fortsetzung auf Seite 8



Natzweiler-Struthof — der Nationalfriedhof der Deportierten

Es gab auch eine besondere Baracke für medizinische Experimente. Meist mit 100 Opfern auf einmal. Ihnen wurde eine Krankheit eingeimpft. Nach Abschluß der Versuche wurden diese Menschen getötet und verbrannt. Die deutschen Ärzte kamen von der „Reichsuniversität Straßburg“. Das grauenhafteste Verbrechen wurde jedoch in einem einstigen großen Stall unweit des Lagers verübt. Auch daran waren deutsche Wissenschaftler beteiligt.

In diesem Gebäude wurde eine Gaskammer eingerichtet. Sie diente Versuchen mit Erstickungsgasen. Die Opfer waren Häftlinge. Durch ein Beobachtungsfenster verfolgten die SS-Ärzte und „Universitätsprofessoren“ die Erstickungsqualen der Menschen bis zu deren Tode. Danach wurden alle Leichen sorgfältig verbrannt.

Solcherart war das Regime in Natzweiler-Struthof, dem insgesamt etwa 25.000 politische Gefangene aus ganz Europa, hauptsächlich jedoch Russen und Polen, ausgesetzt waren. Welch eine Schändung der lieblichen Landschaft durch das SS-Barbarentum. Heute ist das einstige Lager eine große Gedenkstätte, zu der meist junge Leute aus Frankreich und den Beneluxländern pilgern.

In Österreich ist dieses KZ fast nicht bekannt. Kein Wunder, gab es doch während der Nazizeit, abgesehen von den riesigen Vernichtungslagern, Hunderte kleine und mittlere KZ in ganz Europa.

Vor dem Denkmal legten wir einen Kranz nieder. Wir brauchten längere Zeit, um den Eindruck, den diese Gedenkstätte auf uns alle machte, zu verkräften.

Im Fort Breendonk

Auf dem Weg nach Antwerpen wurde uns von der Sozialistischen Partei Belgiens empfohlen, das Fort Breendonk zu besuchen. Da wir nichts Genaues

über Breendonk wußten, waren wir über die Größe dieses Festungswerkes erstaunt. Acht Vertreter der Gemeinde und der Partei von Willebroek erwarteten uns am Eingang des Forts. In einem Schweigemarsch zogen wir durch die Anlage und legten sodann an der Erschießungsstätte einen Kranz nieder. Diese Wehranlage wurde in der Zeit vom 20. September 1940 bis 31. August 1944 als SS-Konzentrationslager verwendet. Eine Flucht aus diesem Festungswerk war für die 4000 Gefangenen unmöglich. Breendonk ist ein historischer Ort. Man hat sorgfältig alles in den Zustand gebracht, wie ihn die Gefangenen erlebten. Auf den Mauern sieht man zahlreiche Inschriften, manche sind regelrechte Testamente. Aus den früheren Munitionsräumen wurden mit gemeiner Raffinesse Folterkammern für verschärfte Verhöre. Bis Ende November 1940 machte man keine Rassenunterschiede. Später wurden die Juden abgesondert und in schlechtere Quartiere gebracht.

Markant in der Geschichte dieses in Österreich unbekanntes Lagers ist, daß in Breendonk hauptsächlich Geiseln hingerichtet wurden. Meist unschuldige Menschen, weil die Gestapo diejenigen, die wirklich Sabotage verübten, nicht finden konnte. Hunderte wurden getötet, starben an Entkräftigung und einige wurden verrückt.

Einer, der das Lager überlebte, sagte auf einer Tonbandinformation: „Gehe und schau diese Mauern an, sie reflektieren das, was in ihnen geschah. Vergebe ... aber vergiß es nie!“ Es waren die SS-Leute, die sich entwürdigten, und nicht ihre Opfer.

Ein kalter Schauer überlief uns. Dieser Eindruck war erschütternd. Hier spürte man die Lager- und Gefängnisatmosphäre auf Schritt und Tritt am eigenem Körper. Darauf wies Landesverbandsobmann Leo Lesjak in seiner Gedenkansprache anläßlich der Kranzniederlegung vor der Richtstätte hin.

Wir waren wieder in Auschwitz

Die österreichische Gedenkstätte in Auschwitz, die durch die Darstellungen des Künstlers Prof. Sussmann ein Anziehungspunkt für viele Besucher ist, wurde ermöglicht durch die Bundesregierung, durch den Beitrag aller Landesregierungen, durch den Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer, und nun war die Vertretung der ehemaligen Häftlinge aus Auschwitz hingefahren, um eine Kupfertafel anzubringen, aus der sichtbar wird, daß diese Gedenkstätte nur möglich wurde, weil sich ganz Österreich bereit erklärte, die notwendigen Mittel bereitzustellen.

Von der Verwaltung des Konzentrationslagers wird diese unsere Gedenkstätte sorgsamst gepflegt, was natürlich zu Dank verpflichtet.

Schweigend gingen wir durch diese Stätte, wo jeder Schritt an die „Zeit ohne Gnade“ mahnt.

Plötzlich aber sahen wir junge Mädchen und junge Burschen, die fleißig damit beschäftigt waren, die Wege auszubessern und Verschiedenes wieder in Ordnung zu bringen. Natürlich haben wir uns erkundigt, wieso sie das tun.

Es waren Schüler und Schülerinnen einer Berufsschule aus Husum in Nord-Friesland, Schleswig, Flensburg, und sie hatten sich verpflichtet, als Sühnezeichen abwechselnd eine Woche nach Auschwitz arbeiten zu gehen, freiwillig und ohne Entlohnung.

Daß wir mit diesen jungen Menschen Freundschaft schlossen, ist verständlich, und so dachten wir bei uns, daß es schön wäre, wenn auch unsere Jugend sich bereit erklären würde, dieses Beispiel nachzuahmen. Bei der Gelegenheit muß man darauf hinweisen, daß es falsch ist, wenn man die Meinung vertritt, daß es die Deutschen sind, die dieses Leid über uns gebracht haben, denn man darf nie vergessen, daß es die deutsche Bevölkerung war, und zwar Menschen aus allen Parteien und den verschiedensten Schichten, Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende, Beamte, Bürgertum, Adelige, Nonnen und Priester, die die ersten Opfer jener unseligen Zeit geworden sind.

Als wir 1945 heimfuhren, kamen wir über Dresden, und wir hatten in Berlin einen KZler mitgenommen, er war 12 Jahre im KZ — danach sah er auch aus —, er bat, wir sollten ihn zu seinem Haus bringen, aber das stand nicht mehr, sondern an seiner Stelle weit und breit Ruinen und eine Planke mit unzähligen Nachrichten, auch eine für ihn, nämlich: „Alle sind tot, Deine Frau und Deine Kinder, auch Deine Mutter, wir leben dort in einer Grube in der Erde auf der Wiese, wo wir als Kinder gespielt haben, hoffentlich liest Du diesen Zettel!“ Er hat ihn gelesen, dann aber fiel er lautlos um. 12 Jahre war er durch die Hölle des Lagers gegangen und hat es überstanden, diese Nachricht aber überstand er nicht!



Am 29. Juli 1981 erhielt Genossin Rosa Jochmann bei einer Feierstunde im Rathaus die Ehrenbürgerurkunde der Stadt Wien überreicht. Rosa Jochmann repräsentiert jene Generationen, die den österreichischen Staat aus den Trümmern des Krieges wieder aufgebaut haben, sagte Bürgermeister Leopold Gratz in dieser Feierstunde. Wir sind stolz darauf, daß sie durch einen einstimmigen Beschluß des Wiener Gemeinderats zur Ehrenbürgerin unserer Stadt geworden ist. Genossin Jochmann unterstrich die Verpflichtung, alles zu tun, daß Österreich demokratisch bleibt. Nur wenn man versucht, auch mit Andersdenkenden zu reden, werde es gelingen, dem Wohle der Menschen zu dienen, sagte sie.

Gedenken an Maria Emhart

Im Rahmen einer eindrucksvollen Feier wurde unsere Freundin Maria Emhart zu ihrem 80. Geburtstag in Bischofshofen geehrt. Alle waren vertreten: die sozialistische Fraktion der Salzburger Landesregierung, die Landespartei mit dem Landeshauptmannstellvertreter und Parteiobmann Dr. Herbert Moriz, das Frauenlandeskomitee mit der Vorsitzenden Maria Springle, die Parteiorganisationen, die Gemeindevertreter von Bischofshofen mit dem Bürgermeister Josef Kert und die sozialistischen Freiheitskämpfer von Salzburg. In allen Ansprachen kam die Wertschätzung, die Verbundenheit und Freundschaft zur Jubilarin zum Ausdruck. Am 27. Mai kamen die Mitglieder der Obmännerkonferenz Wien und Vertreter ihrer Heimatstadt St. Pölten nach Bischofshofen, um ihr die Glückwünsche zum Geburtstag darzubringen.

Unser Genosse Otto Seifried von den sozialistischen Freiheitskämpfern verstand es, in Reimen das bewegte Leben der „Schutzbund-Mitzi“ zu schildern. Unter anderem sagte er:

*„Du gingst stets Deinen steilen Pfad,
nicht achtend je des Lohnes,
froh hoffend streutest Du die Saat,
daß sie dereinst gedeihen werde!
Du brachst auch selbst nicht die Früchte all Deiner
Sorgen, Deiner Mühn.
Nur die Seligkeit erfüllter Pflicht ist Dir aus alle-
dem erblüht!
Orden und Sterne begehrt Du nicht,
Du warst im Leben stets einfach und schlicht,
wie auch des Lebens Schifflin Dich getrieben,
ein Kind des Volkes bist Du stets geblieben!“*

*

Am 9. Oktober 1981 erreichte uns die schmerzliche Nachricht, daß Genossin Maria Emhart für immer von uns gegangen ist. Wir werden sie niemals vergessen!

Wir trauern um Genossen Johann Haas



Am 31. Juli 1980 hat uns unser lieber Genosse Johann Haas, von uns allen liebevoll nur „Schani“ genannt, nach einem langen, schweren Leiden, das er geduldig ertragen hat, liebevoll bis zum letzten Atemzug betreut von seiner treuen Weggefährtin Anna, die mit ihm seit dem Jahre 1918 in einer vorbildlichen Ehe alles Leid und politische Kämpfe und Verfolgungen teilte, verlassen.

Genosse Haas war ein sozialistischer Vertrauensmann, bescheiden, der zeitlebens für die Arbeiterbewegung immer da war und verlässlich wirkte. Wie kaum ein anderer hat er sich als Schutzbundkommandant des Karl-Marx-Hofes in Döbling bewährt und war ein Vorbild für seine Schutzbündler während der Kämpfe im Februar 1934.

Er war sowohl in der Zeit des Austrofaschismus als auch unter den braunen Schergen in Haft, aber

ungebrochen war er im Jahre 1945 sofort beim Wiederaufbau der Sozialistischen Partei in Döbling dabei, wurde Sektionsleiter im Karl-Marx-Hof und war ein Mitbegründer des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, jahrzehntelang Obmann der Bezirksgruppe Döbling, zuletzt deren Ehrenobmann, und gehörte auch seit der Gründung dem Bundesvorstand und dem Wiener Landesvorstand, zuletzt als Wiener Ehrenobmann, an.

Sein beispielhaftes Wirken wurde mit vielen Ehrungen anerkannt, so verliehen ihm die Freiheitskämpfer ihre höchste Würdigung, die Otto-Bauer-Plakette, und das Goldene Ehrenzeichen, die SPÖ die höchste Anerkennung, die Victor-Adler-Plakette, die Republik Österreich die Ehrenmedaille für Verdienste um die Befreiung, der ÖGB das 50jährige Ehrenzeichen, die Partei das 60jährige Ehrenzeichen, die Volkshilfe ihr Ehrenzeichen; anlässlich der großen Feier in Wiener Neustadt bei der Enthüllung des Ehrenmales zum Gedenken an das Konzentrationslager Wöllersdorf war er der Sprecher für die Kämpfer und Opfer des Freiheitskampfes.

Im Jedlersdorfer Friedhof nahm eine große Trauergemeinde Abschied vom lieben Kampfgefährten und vorbildlichen Genossen Johann Haas. Die Trauerrede hielt Genosse Stockinger. Wir aber geloben, in seinem Sinne weiterzuarbeiten, und wir werden unseren „Schani“ niemals vergessen!

Aus den Landesorganisationen

Steiermark

Kapfenberg. Lampert Prenn. Die Bezirksgruppe Kapfenberg der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat wiederum einen schweren Verlust erlitten. Kürzlich verstarb im 81. Lebensjahr unser Mitglied Lampert Prenn. Genosse Prenn war seit seiner Jugend bei der Sozialistischen Partei und Gewerkschaft. Er war Träger der goldenen Ehrennadel. Als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes war er auch an den Februarkämpfen 1934 aktiv beteiligt und mußte 16 Monate im Kerker schmachten. Bei seiner Verabschiedung sprach Gemeinderat Genosse Orthaber tiefempfundene Abschiedsworte. Die Chorvereinigung Stahlklang sowie die Stadtkapelle umrahmten die Trauerfeierlichkeit. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemand vergessen.“

Kapfenberg: Die Bezirksgruppe Kapfenberg der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus veranstaltete kürzlich im schön geschmückten Arbeiterheim für ihre Mitglieder einen Familiennachmittag, wozu auch die Brucker Mitglieder eingeladen wurden.

Bezirksobmann Genosse Jaritz konnte als Ehrengäste begrüßen: den Landesobmann Genossen Lackner, den Landeskassier Genossen Zechner. Entschuldigt war Bürgermeister Kommerzialrat Franz Fekete, der sich infolge Krankheit im Spital befand.

In einem Kurzreferat erläuterte der Landesobmann die politische Lage und die neueren Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes.

Mit Darbietungen der Kapelle Böllerbauer-Kriechbaum klang der wohlgelungene Familiennachmittag zur größten Zufriedenheit der Mitglieder aus.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Ruth Contreras, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Rosa Jochmann, Leo Lesjak, Rudolfine Muhr, Hans Waschek.

Niederösterreich

Mödling. Leopold Petznek (1881–1956) zum 100. Geburtstag und 25. Todestag. Leopold Petznek wurde am 30. Juni 1881 geboren und wuchs unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf, kam nach dem frühen Tod seiner Eltern in die Hyrtlische Waisenanstalt Mödling und wurde als begabter Schüler Lehrer. Neben seinen musischen Interessen wandte er sich schon früh der Politik zu; auf Grund seiner Lebenserfahrung wurde er Sozialist. Aus seiner ersten Ehe entsproß sein Sohn Otto, der viele Jahre später als langjähriger Finanzreferent in die Fußstapfen seines Vaters trat. 1912 wurde Leopold Petznek Vorsitzender des Aufsichtsrates der neugegründeten Bau- und Wohnungsgenossenschaft Mödling, wobei er sich große Verdienste um den Wohnungsbau erwarb.

Nach dem Ersten Weltkrieg ging er wieder seinem Lehrberuf nach und nahm aktiv an der Aufbauarbeit der Sozialdemokratischen Partei teil, deren Bezirksobmann er wurde. Das Bezirkssekretariat im Arbeiterheim Ecke Neudorfer Straße-Dürsmagasse war der Mittelpunkt seiner politischen Tätigkeit im Bezirk Mödling. Dort hielt er auch seine besonders in den Krisenjahren stark frequentierten Sprechstunden ab und redigierte die Parteizeitung „Volkstimme“.

Bei der ersten Gemeinderatswahl im Jahre 1919 zog er in den Mödlinger Gemeinderat ein, übernahm das Finanzreferat und leistete eine erfolgreiche Kommunalpolitik für die Stadt Mödling und ihre Bevölkerung.

Auf Grund seiner großen Fähigkeiten wurde Petznek 1921 in den Niederösterreichischen Landtag gewählt, wo er sich rasch zu einem der besten Kenner von Budget- und Finanzfragen entwickelte, als der er auch Obmannstellvertreter des Landes-Finanzkontrollausschusses wurde; so auch 1922, nach dem Ausscheiden von Dr. Renner, zum Klubobmann bestellt. Als überaus kenntnisreicher und eindrucksvoller Redner wurde er bald zu einer der führenden Gestalten der niederösterreichischen Landespolitik.

Von 1927 bis 1934 war Petznek 2. Landtagspräsident, gehörte dem Landesparteivorstand an und war auch in führender Position des Republikanischen Schutzbundes tätig.

Am 12. Februar 1934 wurde der angesehene und geschätzte Bezirksmandatar verhaftet; dies löste im Bezirk große Unruhe aus und trug zur Mobilisierung der abwehr-

bereiten Kräfte bei. Petznek wurde zu einer monatelangen Kerkerstrafe verurteilt.

Die Jahre des Hitlerfaschismus waren auch für ihn eine schwere Zeit; er war ständigen Verfolgungen ausgesetzt und kam schließlich in das KZ nach Dachau. Nach seiner Heimkehr im Jahre 1945 war seine Gesundheit so geschwächt, daß er nicht mehr aktiv am politischen Geschehen teilnehmen konnte. Wegen seiner hervorragenden Kenntnisse des staatlichen Finanzwesens war er dann bis 1949 Präsident des Rechnungshofes.

Leopold Petznek starb am 27. Juli 1956 an den Folgen eines Herzleidens. Am 29. Juni wurde aus Anlaß seines 100. Geburtstages an seinem Grab ein Kranz niedergelegt.

Aus dem Wiener Landesverband

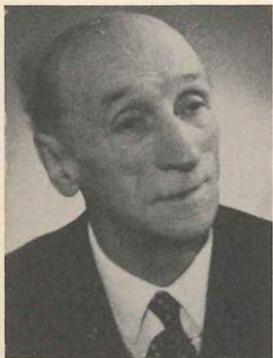
Ottakring

Gustav Hagner †. Die Bezirksgruppe bedauert das plötzliche Ableben unseres Genossen Gustav Hagner, der am 1. September 1981 nach langer Krankheit von uns gegangen ist.

Genosse Hagner kommt eigentlich aus dem 10. beziehungsweise 11. Bezirk, wo er auch schon vor 1934 Funktionär und Mitglied des Republikanischen Schutzbundes war. Wie so viele unserer Genossen wurde Hagner nach den Februartagen 1934 verhaftet und nach Verbüßung seiner Gerichtsstrafe nach Wöllersdorf gebracht.

Nach seiner Entlassung aus dem Anhaltelager war es für ihn eine Selbstverständlichkeit, sofort im Untergrund seine politische Arbeit fortzusetzen und er wurde Kassier im „Autonomen Schutzbund“. In der Folge hielt er unserer Partei immer die Treue. Er gehörte zu den ersten, die sich in Ottakring (sein damaliger Wohnbezirk) um unseren unvergeßlichen Genossen Heinemann scharten und die Bezirksgruppe gründeten. Von 1950 bis zu seinem Ableben war er Schriftführer in unserer Bezirksgruppe. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken erhalten.

Hernals



Alexander Polowiec †. Am 14. April 1981 ist unser Freund und Kampfgefährte, Genosse Alexander Polowiec, nach kurzem, schwerem Leiden von uns geschieden. Wenige Tage vor seinem Tod erhielt er im Rahmen einer Feier der Bezirksorganisation Hernals der SPÖ anlässlich der Feier seines 85. Geburtstages von Genossen Dr. Bruno Kreisky die höchste Auszeichnung unserer Partei, die Victor-Adler-Plakette, überreicht.

Genosse Polowiec gehörte zu jenen Aufrechten, die auch in den Jahren der Finsternis ihre Gesinnung nicht verleugnet haben. Beim Wiederaufbau der Sozialistischen Partei im 17. Bezirk war er einer der ersten, die in der damaligen 10. Sektion, für die später auch unser Genosse Kreisky als Vertrauensmann tätig gewesen ist, die Arbeit aufnahm, und bald war er in der 11. Sektion Sektionsleiterstellvertreter und dann für mehr als 20 Jahre deren Sektionsleiter. Von 1962 bis 1970 war er Bezirksrat, und da er besonders für die gute Musik und darstellende Kunst begeistert und ein profunder Kenner war, gestaltete er das Festwochenprogramm und war Mitbegründer der Brüder-Schrammel-Gesellschaft. Lange gehörte er dem Wiener Überwachungsausschuß an, und auch für die Bezirksgruppe der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus und die Mietervereinigung arbeitete er bis zu seinem Ableben in den Vorständen.

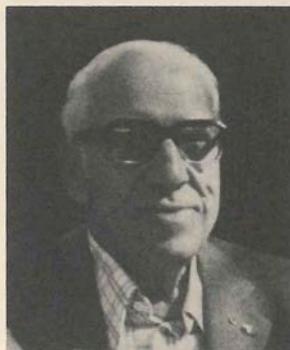
Weithin bekannt wurde Genosse Polowiec durch seine zahlreichen klugen Leserbriefe in der AZ, in denen er sich leidenschaftlich gegen Talmikünste, ungerechte Kritiken und Intoleranz zur Wehr setzte.

Trotz seines hohen Alters war er immer zur Stelle, wenn die sozialistischen Freiheitskämpfer eine Veranstaltung, Demonstration oder Schweigemärsche durchführten.

An der Verabschiedung am 22. April 1981 im Krematorium Wien-Simmering erwies eine große Trauergemeinde dem Dahingegangenen die letzte Ehre, und der Bezirksobmann der SPÖ Hernals, Genosse Josef Veleta, würdigte die großen Verdienste von Genossen Alexander Polowiec für die Arbeiterbewegung und sagte, daß er einen persönlichen und guten Freund seiner Familie verloren habe.

Wir danken nochmals Genossen Polowiec für seine Gesinnungstreue, für seine Opferbereitschaft und für sein hingebungsvolles Wirken für die große sozialistische Familie, und wir geloben, daß wir unseren Freund und Mitstreiter „niemals vergessen“ werden.

Brigittenau



Alois Waschek †. Am 4. Oktober 1981 ist unser Bezirksobmann, Genosse Alois Waschek, nach langer schwerer Krankheit im 68. Lebensjahr gestorben. Die Bezirksorganisation hat damit einen unersetzlichen Verlust erlitten. Genosse Alois Waschek war seit seiner Jugend mit der sozialistischen Bewegung und mit der Brigittenau verbunden. Er arbeitete in der SAJ mit, war vor 1934 Bezirksobmann der SAJ und arbeitete nach dem 12.

Februar in der Illegalität weiter. Der Austrofaschismus warf ihn für einige Monate in das Anhaltelager Wöllersdorf. Nach 1945 wirkte er am Wiederaufbau der Sozialistischen Partei in der Brigittenau mit und war einer der Mitbegründer der Bezirksorganisation der Freiheitskämpfer. Lange Jahre war Genosse Alois Waschek Mitglied des Bezirksausschusses der SPÖ, außerdem war er als Kaufmann Funktionär des Freien Wirtschaftsverbandes, für den er wichtige Funktionen in den Gremien des Handels sowie im Schiedsgericht der Sozialversicherung wahrnahm. Für diese Tätigkeit wurde ihm der Berufstitel „Kommerzialrat“ verliehen, der Freie Wirtschaftsverband ehrte ihn mit der Bronzemedaille. Die Partei verlieh Genossen Alois Waschek die Victor-Adler-Plakette und die Ehrennadel in Gold. Er war auch Träger des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs.

Eine große Trauergemeinde, darunter Bezirksvorsteher Deistler und Bezirksvorsteher a. D. Stroh, nahm am 13. Oktober 1981 im Krematorium Wien-Simmering Abschied von unserem Genossen Alois Waschek. Zwei SJler hielten mit Parteifahnen Ehrenwache an seinem Sarg. Genosse Robert Blau skizzierte in einer Trauerrede den Lebensweg unseres Bezirksobmanns und hob die innige Verbundenheit des Genossen Waschek mit der Partei und mit unserem Bund hervor, würdigte seine Tätigkeit als Kassier der Landesorganisation Wien und seine Mitarbeit im Bundesvorstand und in der Obmännerkonferenz der Freiheitskämpfer. Besonders aber würdigte er die Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft und Kameradschaftlichkeit unseres Genossen Waschek, seine Einsatzfreude und uneigennützigste Opferbereitschaft.

Genosse Alois Waschek war uns mehr als ein guter Genosse und treuer Kampfgefährte, er war ein lieber Freund allen seinen Genossen weit über die Brigittenau hinaus. Wir werden in seinem Sinne weiterarbeiten und ihn

niemals vergessen

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Mehr Information — das war eine der wichtigsten Forderungen in der Partei-reformdiskussion. Mehr Information — nicht nur über aktuelle Fragen der Tagespolitik, sondern auch über grundsätzliche Probleme der sozialistischen Politik, über Probleme und Praxis der Partearbeit und über internationale Fragen. Mehr Information: dieser Forderung will das Karl-Renner-Institut mit seinen Broschürenreihen Rechnung tragen.

Prospekte und Bestellungen:

SPÖ-Materialstelle, Löwelstraße 18,
1014 Wien.

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 15. November 1981

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Druck: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. u. 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b Jeden 1. Di.
17 bis 18 Uhr
5, Kohlgasse 27 Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 Jeden Di. 16 bis 18 Uhr
8, Albertgasse 23 Jeden 1. Do.
17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Wolkersbergenstr. Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Mietervereinig.) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 (nach Vereinbarung)
19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 16 bis 18 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Franz-Jonas-Platz 8 Jeden Di. 17 bis 18 Uhr
22, Donauefelder Str. 259 Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
23, Liesing, SPÖ-Bez.-Schr., Klublokal
(Parterre),
Breitenfurter Str. 360, Stg. 1 ... Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Jeden 1. Di.
Landesparteisekretariat 11 bis 12 Uhr
Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Mo.
Arbeiterkammer 10 bis 11 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Perlmayerstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
I. Stock, Pensionistenverband 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden Mo. und Mi.
Zimmer 3 9 bis 11 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. und Fr.
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 18 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirks-
sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 ... Jeden 1. Freitag
14 bis 16 Uhr